

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages, Bezugspreis: Monatlich 2000 Mark, Einzelne Nummern 80 Mark, Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574, Postfachkonto Dresden Nr. 2488.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anklamungs- teil 300 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teil 600 M., unter Eingangsbeitrag 800 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen, Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Rechnungsblätter der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturkassen, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren. Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 49

Dienstag, 27. Februar

1923

Gerüchte über Amerika.

Der amerikanische Botschafter in London, Harbey, soll während seines Aufenthaltes in seinem Heimatlande vor englischen Pressevertretern Erklärungen abgegeben haben, deren Inhalt sehr die Kunde durch die Zeitungen macht. Harbey soll gesagt haben, der amerikanische Präsident beziehe eine entscheidende Intervention in der Ruhrfrage vor, er werde auf die beiden freitenden Parteien einen Druck ausüben — und zwar nicht nur einen moralischen, sondern auch einen physischen — die ganze Reparationsfrage dem Spruche einer internationalen Sachverständigenkommission zu unterwerfen, deren Entscheidung für beide Teile absolut bindend sein müsse. Dieselbe Kommission oder eine ähnliche würde dann die Finanzkontrolle über Deutschland zu übernehmen haben, mit dem Ziele, die als durchführbar erkannten Leistungen unbedingt aus Deutschland herauszuholen und überhaupt die deutsche Wirtschaftsführung zu überwachen. Deutschland müsse diese Körperhaftigkeit seinerseits anerkennen. Andererseits müsse Frankreich zugleich das Ruhrgebiet räumen.

Es ist im Augenblick nicht festzustellen, ob die Äußerungen Mr. Harbey tatsächlich so lauten, wie sie hier wiedergegeben sind. Es ist auch nicht festzustellen, ob eine Lösung dieser Art nicht vielmehr wünschenswert im Sinne der Washingtoner Regierung liegen würde. Eine Möglichkeit dafür besteht gewiß. Die amerikanische öffentliche Meinung ist sehr verständlich, wiewohl man sich in Deutschland gewissen Rücksichten hingeben muß, nicht der Meinung, daß Deutschland aus seiner Reparationspflicht entlassen werden dürfe. Mit der überwältigenden Mehrheit in der ganzen Welt hält sie Deutschland zu Reparationen verpflichtet, zu Reparationen schließlich und zwar zu sehr hohen Reparationen. Nur über das Maß bestehen Differenzen zwischen der französischen und amerikanischen Meinung und diese könnten eben durch den Schiedspruch beseitigt werden. Keine Meinungsverschiedenheit besteht in der Welt ferner darüber, daß Deutschland bisher hinter seiner Leistungsfähigkeit zurückgeblieben sei. In dieser Beziehung würde die Kontrollkommission Wandel schaffen, während andererseits die ziemlich allgemein als schädigend betrachtete Ruhrbesetzung durch die Räumungsverpflichtung Frankreichs beseitigt werden würde. Es ist zweifellos möglich, daß sich die amerikanischen Gedanken in dieser Linie bewegen.

Aber es ist sehr ungewiß, ob jemals die amerikanische Regierung mit einem solchen Vorschlag hervortreten würde. Sie hat sich bisher durchaus abgeneigt gezeigt, irgendeine Aktion zu unternehmen, ohne vorher Gewißheit zu haben, daß beide Parteien einverstanden wären. Im vorliegenden Fall ist es außerordentlich unwahrscheinlich, ob Frankreich jemals die Räumung zugunsten würde, die durchaus im Gegensatz zur Theorie der produktiven Wänder stünde; und es ist ebenso ungewiß, ob die gegenwärtige deutsche Regierung sich a priori einer Finanzkontrolle unterwerfe. Unter diesen Umständen wird Amerika wahrscheinlich bei seiner bisherigen Richtungs- politik verbleiben, als sich, auch wenn sich seine Wünsche in dieser Richtung bewegen, dem Risiko eines diplomatischen Mißerfolgs auszusetzen.

An amtlicher deutscher Stelle ist über die Äußerungen Harbey noch nichts bekannt. Man wird jedenfalls gut tun, allen solchen Berichten gegenüber größte Zurückhaltung zu üben. In Paris wird heute erstört, alle Nachrichten über eine angebliche Intervention der englischen, amerikanischen oder holländischen Regierung seien erfunden. Auch die nachfolgenden Meldungen sind mit Vorsicht aufzunehmen. Wir sind durch Nachrichten über eine bevorstehende Intervention Amerikas oft genug getäuscht worden, als daß wir auf Grund neuer derartiger Meldungen berechtigt wären, neue Hoffnungen zu schöpfen.

New York, 26. Februar.

In einem Schreiben des Präsidenten Harding an den Senat tritt der Präsident

dafür ein, daß Amerika in den künftigen internationalen Gerichtshof eintritt. Staatssekretär Hughes wies in einem Begleitschreiben darauf hin, daß Amerika durch den Eintritt keine geschliche Verbindung mit dem Völkerbund eingehen könne, Amerika müsse aber bei der Erneuerung der Mitglieder des Gerichtshofes beteiligt sein. Außerdem dürften dessen Statuten nicht ohne Mitwirkung Amerikas abgeändert werden.

Die „Times“ sehen die Bedeutung dieser Harding'schen Haltung in der Tatsache, daß die Erkenntnis wachse, daß Amerika sich den europäischen Angelegenheiten nicht mehr fernhalten könne. Selbst wenn der Vor-

schlag abgelehnt werde, wie das Blatt annimmt, so bleibe die Botschaft doch eine Größe von großem politischen Bedeutung.

Aus der Rede, die der Botschafter Harbey am Sonnabend im Klub der Londoner Presse in New York gehalten hat, geht hervor, daß Harding's Plan damit nicht erschöpft ist. Der Vorschlag soll die Bildung einer internationalen Finanzkommission vorsehen. Die Kommission muß die Leistungsmöglichkeit Deutschlands feststellen, Hand in Hand damit soll eine sofortige Räumung des Ruhrgebiets erfolgen.

Otto Wels über die politische Lage.

„Auch die Ruhrfrage muß durch Verhandeln beendet werden.“

Berlin, 27. Februar.

Der erste sozialdemokratische Parteitag, seit der Einigung der beiden sozialistischen Parteien, der am Sonntag hier in den Germania-Sälen zusammentrat, brachte u. a. ein Referat des Parteivorsitzenden Otto Wels über die politische Lage, in dem der Redner u. a. folgendes ausführt:

Die Finanzen der deutschen Republik sind geradezu katastrophal. Vom 8. bis 15. Februar hat sich der Bankrottensumme um 450 Milliarden gesteigert, so daß er jetzt 2 Milliarden 700 Millionen beträgt; seit dem 15. Januar hat er sich verdoppelt. Diese Inflation aber bedeutet Verwertung allen täglichen Bedarfs. Denjenigen Parteien und Zeitungen, die sich darüber äußern, daß wir diese Wirtschaftskatastrophe nicht politisch handeln eben so einzurichten muß, daß sie sich in keiner Stunde ihrer Taten zu schämen braucht.

Die Regierung hat dem Reichstage einen Entwurf über die Anpassung der Steuern an die Geldentwertung vorgelegt. Dieser Entwurf, der uns von Anfang an nicht recht genug ging, ist von den bürgerlichen Parteien noch verschlechtert worden. Die Sozialdemokratie wird dagegen den schärfsten Kampf aufnehmen. Die bürgerlichen Parteien müssen die Verantwortung für diese miserablen Finanz- und Steuerpolitik tragen. Für die Sozialdemokratie bleibt die Erfassung der Sachwerte der einzige Weg, um aus dem Dilemma herauszukommen.

Der Gefahr der Bildung von Banden und ähnlichen illegalen Organisationen muß mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Unsere Redner im Reichstag haben nach dieser Richtung mit aller Schärfe gewirkt. Durch die Energie des preussischen Innenministers ist die Tätigkeit, daß zwischen Reichswehrministerium und illegalen Organisationen bis in die neueste Zeit Verhandlungen gepflogen wurden, aufgehört worden. Die Regierung muß mit dieser Gesellschaft austräumen, denn deren Wille nützt nur Herrn Poincaré, der glaubt, sich gegen ein starkes Deutschland in den nächsten 20 bis 30 Jahren nur durch die Zerstückelung Deutschlands sichern zu können.

Ein dem-nütiger Mensch kann nicht daran denken, den Franzosen mit Waffengewalt entgegenzutreten. So sehr ich Gegner von Bündnisverträgen bin, so sehr bedauere ich es, daß der Garantievertrag zwischen Frankreich, England und Amerika gescheitert ist; er hätte Frankreich die erforderliche Sicherheit gegen den von vielen Franzosen ernsthaft gefürchteten Angriff Deutschlands gegeben. Die Friedensblinde der deutschen Arbeiter steht an erster Stelle und daher werden sie einer solchen Sicherheit durchwegs zustimmen. Solange in Frankreich die Angst vor deutschen Angriffen besteht, wird man dort die Räumung nicht mit Erfolg propagieren können.

Wir fürchten nicht die Legende, daß wir die Einheitsfront verlassen hätten. Eine solche Einheitsfront hat es nicht gegeben und wird es nicht geben. Wir können den Klassenkampf nicht verlassen, selbst wenn wir wollten, denn es kann keine Einheitsfront mit dem Unternehmern-

tum geben, aber wir können den Kampf gegen die deutschen Unternehmer im Ruhrgebiet nicht mit Unterstützung der französischen Bajonette führen. Der Kampf an der Ruhr ist der Kampf der Arbeiter gegen die besessene Autorität der Soldateska. In der ganzen Internationale besteht nur eine Ansicht, daß dieser Kampf gegen die französische Gewalt ein internationaler Kampf ist.

Jeder Krieg muß durch Verhandeln beendet werden, auch die Ruhrfrage. Jede Möglichkeit zum Verhandeln muß benutzt ausgenutzt werden und wir müssen die Regierung drängen, daß sie sich zum Verhandeln bereit hält.

Aber zum Verhandeln gehören zwei. Einzelne Mitglieder der Regierung Cuno sind durchaus nicht begeistert, bis zum letzten Augenblick auf den Pfählen anzuharren und wären der Sozialdemokratie sehr dankbar, wenn sie ihnen die Verantwortung abnähme. Es wäre wirklich nicht schwer, die Regierung Cuno zu räumen, aber sie soll die Verantwortung für die Lage ruhig weiter tragen.

In der Ansprache wandte sich der Abg. Rosenfeld dagegen, daß die Regierung Cuno erst verhandeln wolle, wenn die Franzosen das Ruhrgebiet verlassen haben. Die ernstesten Bedenken gegen einen Regierungssturz seien zwar berechtigt, aber auf der anderen Seite bestände die Gefahr,

daß die Sozialdemokratie für alles verantwortlich gemacht werde, was die Regierung tue. Daher ist für die Sozialdemokratie notwendig, jetzt auf die Gefahr hin, daß die Regierung Cuno gestürzt werde.

Dr. Ledt bezeichnete die Regierung Cuno als den Inbegriff aller politischen, ökonomischen und sozialen Tendenzen, welche die Sozialdemokratie von jeher bekämpft habe. Wenn die Regierung gezwungen werde, sollte, zu verhandeln, so müsse die Sozialdemokratie sich hüten, das diplomatische Mittel zu sein, um ihr aus der Patsche herauszuhelfen. Niemand in der Welt wolle, daß die Versailles-Bestimmungen über die Reparationen aufgehoben werden. Der Regierung Cuno müsse schärfer Kampf angelegt werden.

Der Abg. Schulz, ebenso wie der frühere Wirtschaftsminister Robert Schmidt, machten diesen Redner gegenüber darauf aufmerksam, daß auch an die Folgen eines Sturzes der Regierung Cuno gedacht werden müsse. Robert Schmidt betonte, daß in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion durchaus nicht eine Einheitsfront für das Kabinett Cuno vorhanden sei und daß man Opposition treiben wolle, aber eine systematische und verantwortliche Opposition.

Die Besetzung des Kabinetts Cuno könne die Ruhrfrage nicht lösen. Selbstverständlich müsse jede Möglichkeit zum Verhandeln ausgenutzt werden, aber diese Möglichkeit müsse doch erst vorhanden sein. In einer zum Schluß der Verhandlungen angenommenen Entschließung wird von der Reichstagsfraktion gefordert, sie möge den Entschluß des Reichswehrministeriums ablehnen, weil das Reichswehrministerium mit den verbotenen Selbstschuß- und anderen Organisationsmaßnahmen nicht nur weitere Verbindungen unterhalte, sondern diese aktiv unterstütze.

Die Liste der Bluttaten.

Eine neue deutsche Protestnote.

Berlin, 26. Februar. Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist angewiesen worden, der französischen Regierung folgende Note nebst Anlagen zu überreichen:

Die Gewalttätigkeiten der französischen und belgischen Truppen gegen die Bevölkerung des Ruhrgebiets häufen sich in erschreckender Weise. Wenn es in der ersten Zeit nach dem Einmarsch zunächst noch den Anschein haben konnte, als ob es sich bei den Gewalttätigkeiten um Ausschreitungen von einzelnen Angehörigen der Besatzungsarmee handelte, so zeigt sich in den letzten Wochen immer deutlicher, daß die militärischen Befehlshaber selbst systematisch darauf ausgehen, die Bevölkerung zu terrorisieren. Die neuerdings vorgekommenen Fälle der Wegnahme von Privateigentum, der Ausweisung und Verhaftung von Beamten, der Strafmaßnahmen gegen ganze Städte sowie der Mißhandlung und der Tötung von Privatpersonen sind so zahlreich, daß es der deutschen Regierung schmerzhaft nicht mehr möglich ist, jeden Einzelfall, seiner Bedeutung entsprechend, gesondert zu behandeln. Sie muß sich deshalb einseitig darauf beschränken, einzelne Fälle herauszugreifen. Eine Liste solcher Fälle, die das Vorgehen der Besatzungstruppen hinreichend kennzeichnen, ist beigelegt. Nach der Verhandlung, die den deutschen Protesten bisher zuteil geworden ist, kann die deutsche Regierung nicht darauf rechnen, daß ihre Mitteilungen die französische Regierung jetzt zu einem Einschreiten gegen die Gewalttaten ihrer Truppen veranlassen werden. Sie hält es gleichwohl für ihre Pflicht, der französischen Regierung durch Darstellung einzelner Beispiele das unterrichtete Vorgehen der Truppen immer wieder vor Augen zu führen und so die Verantwortlichkeit für dieses Vorgehen schärfen. Dabei ist sie keineswegs gewillt, mit der Ausmaß solcher Beispiele die übrigen Fälle der Vergehen preiszugeben. Vielmehr bedarf sie sich vor, auf Grund des von ihr vorkonkurierend gesammelten Materials für jedes begangene Unrecht volle Genugtuung zu fordern.

In der der Note beigelegten Liste werden die Bluttaten in Oberhausen in der Nacht vom 20. zum 21. Februar, die Bluttaten in Bochum am 22. Februar, die Bluttaten in Oberhausen in der Nacht vom 23. zum 24. Februar und die Gewalttaten gegen die Bevölkerung von Redlinghausen ausführlich geschildert.

Schwere Ausschreitungen in Oberhein.

Oberhein, 26. Februar.

Wesern abend kam es in den Straßen von Oberhein zu schweren Ausschreitungen der Besatzungstruppen. Die Soldaten gingen mit aufgepflanztem Bajonett auf die wehrlose Menge der und schingen blindlings auf die Menschen ein. Eine Einzelperson wurde durch Bajonettschläge erdbodenverleiert, andere Personen wurden mit Gewehrstoßen niedergeschlagen. Die Erregung der Bevölkerung ist ungeheuer.

Bochum wird drausgaliert.

Bochum, 26. Februar.

Heute früh ist die Stadt durch eine Verord- nung der Besatzungsbehörde mit einer Sper- rung der Hauptgeschäftsstraßen bedacht worden. Das Zentrum der Stadt ist durch Truppen abgesperrt, nur die Einwohner der be- treffenden Straßen dürfen sich in ihnen bewegen und das nur, wenn sie im Besitz von Pässen sind. Städtische Beamte dürfen sich durch diese Straße nur mit einem Ausweis des Polizeipräsidenten oder des Bürgermeisters bewegen. Die jetzt vor sich gehende Vergrößerung einer ganzen Stadt legt die Vermutung nahe, daß die Franzosen durch die bisherigen Mißfolge bei der „Eroberung des Ruhrgebiets“ sich genötigt sehen, allmählich zu den schärfsten Mitteln der Drausgaliert überzugehen. Die Blockierung des Verkehrs in Bochum ist völlig unerwartet ein- getreten. Aus den Seitenstraßen mar- schierten Tanks und Infanterie auf, es erfolgte eine Razzia auf die gerade auf der Straße befindlichen Bürger. Da die Bevölkerung von Bochum die Straßenperre